

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Schluß der Redaktion: Montag, morgens 8 Uhr.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Nummer 33.

Berlin, den 17. August 1913.

14. Jahrgang.

Unzufriedenheit in Arbeiterkreisen und Gewerkschaftsbewegung.

II.

Unsere Ausführungen im vorigen Artikel dürften dargetan haben, daß in allen Gesellschaftsklassen der Gegenwart große Anstrengungen nach einer materiellen Besserstellung gemacht werden. Wir konnten feststellen, daß bei denen, die am meisten über die große Unzufriedenheit in Arbeiterkreisen wettern, die größte Unzufriedenheit vorhanden ist. Damit soll gewiß nicht die Behauptung aufgestellt werden, als wären die Arbeiter nicht auf Erhöhung des Einkommens, Verkürzung der Arbeitszeit usw. bedacht. Die Gegenwart wird gerade dadurch besonders gekennzeichnet, daß die Arbeiterbevölkerung nicht still sich in die schlechten Verhältnisse schickt, sondern alle Kräfte aufbietet, um an den kulturellen Fortschritten Anteil zu bekommen.

Kann man so ein allgemeines Streben nach Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse feststellen, so ist die andere Frage zu beantworten: Worauf ist dieses Streben zurückzuführen? Bei denen, die auf der Sonnenseite des Lebens wandeln, ist es freilich nichts neues, daß sie nach Reichtum streben. Aber warum legen die unteren Volksschichten im Gegensatz zu manchen früheren Zeiten auf eine Vermehrung der materiellen Güter so großen Wert? Dafür sind manche Gründe anzuführen. Es hat wohl kaum eine Zeit gegeben, wo die Bildungsmöglichkeiten so groß waren wie in der Gegenwart. In Deutschland wird fast allen Kindern Lesen und Schreiben gelehrt. Durch die Rotationsmaschine wurde die Möglichkeit geschaffen, ungeheuer viel bedrucktes Papier unter die Volksmassen zu werfen. Die Tagespresse vermittelt Berichte aus allen Erdteilen, sie schildert Erfindungen und Entdeckungen, sie erzählt von großen Gewinnen der Aktiengesellschaften usw. Nun ist es aber eine bekannte Tatsache, daß ein geistiger Aufstieg auch andere Bedürfnisse zur Folge hat. Und was weiter in das Gewicht fällt, ist die Tatsache, daß bei einer gewissen geistigen Reife die erkommene Höhe nicht mehr aufgegeben wird.

Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß die letzten Jahrzehnte der deutschen Arbeiterschaft einen geistigen Aufstieg gebracht haben. Dadurch wurden aber auch neue Bedürfnisse geweckt, und das damit verbundene Streben trat in die Erscheinung, diese auch durch höheres Einkommen zu befriedigen.

Damit ist jedoch das Verlangen nach Vermehrung materieller Güter noch nicht ganz erklärt. Die technischen Erfindungen und Entdeckungen des letzten Jahrhunderts haben den Konsumenten immer mehr Bedürfnisse aufgedrängt. Gerade die Unternehmer und Geschäftsleute sind es, die alle Anstrengungen machen, ihre Waren den Konsumenten aufzudrängen. Tausende von Agenten, Händlern usw. bemühen sich mit dem Aufgebot aller Geschwätzigkeit, die Waren zu empfehlen. Wieviel Käufer werden nicht angelockt durch die Reklame! Man braucht bloß einmal durch die Stadt zu gehen und sich das Publikum anzusehen, das vor den Schaufenstern steht und mit leuchtenden Augen sich alles betrachtet. In der Gegenwart ist eine raffinierte Kunst ausgebildet, die kaufenden Massen an sich heranzuziehen. Die Unternehmer selbst machen alle Anstrengungen nach neuen Erfindungen, insbesondere nach solchen, die hohe Gewinne in Aussicht stellen. Auf der einen Seite verzweifelte Bemühungen, den Volksmassen das

Geld aus der Tasche zu holen, und auf der anderen Seite wird über die „große Begehrlichkeit“ geschimpft. Dann denken wir weiter an die Theater, Kinos usw., wieviel Geld wird heute hierfür ausgegeben! Es liegt in den heutigen Verhältnissen begründet, oder es ist doch ein starker Anreiz vorhanden für viele Menschen, mehr Geld auszugeben, als sie besitzen. Dazu kommt weiter, daß der Luxus auf die unteren Volksschichten sich überträgt. Die Besitzenden geben das denkbar schlechteste Beispiel bezüglich Steigerung der Bedürfnisse. Es gibt heute sehr viele mittlere und kleine Beamte, Handwerker u. dgl., die meinen auch, sie müßten jedes Jahr eine Badereise machen. Den wirklichen Reichen genügt heute vielfach ein Automobil noch nicht, es müssen mehrere sein. Wenn man sich vor ein großstädtisches Theater oder Konzertlokal stellt und das „noble“ Publikum betrachtet, dann wird einem klar, daß in der Gegenwart die sozialen Kämpfe an der Tagesordnung sind. Alle guten und schlechten Eigenschaften lernt die Volksmasse von den oberen Zehntausend, und wer auf diesem Gebiete Reformen einführen will, wird auch oben wieder einer bescheidenen Lebenshaltung das Wort reden müssen.

Angesichts der geschilderten Verhältnisse fragt es sich, ob eine Vermehrung der menschlichen Bedürfnisse schlechthin als ein Unglück zu bezeichnen ist. Das wird sich nicht behaupten lassen. Die Erde ist dafür da und der Mensch mit vieler Fähigkeiten ausgestattet, sie sich untertan zu machen. Es ist zweifellos richtig, daß nur durch Vermehrung der Bedürfnisse eine Kultur geschaffen werden kann. Ein träges und gleichgültiges Volk wird erst zu neuen Bedürfnissen angeregt werden müssen. Da das Handeln von vernünftigen Gründen geleitet ist, so wägt es bei der Arbeitsleistung zwischen der Last, die ihm zuteil wird, und dem Erfolg, den ihm die Arbeit bringt. Staaten, deren Bevölkerung keine Bedürfnisse hat oder doch nur sehr bescheidene, die werden auch keine großen Arbeitsleistungen vollbringen. Es dürfte wohl zutreffend sein, wenn der französische Gelehrte Gide in seinem Buch „Grundzüge der Nationalökonomie“, Seite 25, meint:

„Wehe den Rassen, welche zu leicht befriedigt sind, welche ihre Wünsche nicht über einen kleinen Kreis ausdehnen, deren Horizont nach dieser Richtung hin ein beschränkter ist, und die nichts mehr als eine Handvoll reife Früchte zur Nahrung und ein Stückchen Mauer, um in deren Schatten schlafen zu können, verlangen. Diese Völkerstaaten werden nur allzu rasch von der Erde verschwinden, an deren Schöpfen sich einen Anteil zu sichern, sie nicht verstanden haben. So müssen wir uns freuen und nicht darüber ungehalten sein, daß die Arbeiterklasse fortwährend von neuen Bedürfnissen gequält wird, denn sonst wäre sie im Zustand ewiger Knechtschaft geblieben.“

So ist also das Streben nach neuen Bedürfnissen ein gewaltiges kulturförderndes Mittel. Die wachsenden Bedürfnisse sind gleichsam die Peitsche, die die Menschen antreiben zur Arbeit. War einst der Mensch zufrieden, wenn nur die Existenzbedürfnisse befriedigt waren, war es im Mittelalter noch das Sehnen weiter Kreise mit einer bescheidenen Lebenshaltung das Ziel erreicht zu haben, so kennt die neue Zeit nur ein Streben nach immer neuen Bedürfnissen.

Nun leuchtet ohne weiteres ein, daß alle Ubertreibungen auch schädlich wirken können. Alles Streben nach neuen Bedürfnissen hat eine Grenze, wird diese überschritten, dann wird das Gegenteil erreicht. Daß in verschiedenen Gesellschaftsklassen hier das richtige Maß bereits überschritten ist, kann kaum zweifelhaft sein. Gott sei Dank ist die Zahl noch klein

in Deutschland, die es nur darauf abgesehen hat, ihren Nerventzettel zu befriedigen. Als Arbeiter können wir gewiß nicht wünschen, daß die Sucht, die Welt zu genießen, als das höchste Ziel angesehen wird. Eine solche Sucht im extremen Sinne wird sicher nicht zur inneren Zufriedenheit führen. Andererseits kann man aber auch ruhig behaupten, daß in Arbeiterkreisen eine Ubertreibung nicht leicht zu erwarten ist. Gewiß, die Sozialdemokratie hat durch ihre Agitation viele sittliche Werte vernichtet. Das rücksichtslose Streben nach Geld hat auch in Arbeiterkreisen Eingang gefunden. In den roten Domänen wird in den Versammlungen die Brüderlichkeit gepredigt und auf den Arbeitsstellen auf den schwachen Kollegen keine Rücksicht genommen. Wehe dem, der beim Afford nicht mitkann! Klatscherei und Liebedienerei ist gleichfalls viel zu finden. Die Untugenden der Kapitalisten, das rücksichtslose Streben nach Gewinn und mit allen möglichen Mitteln, hat die Sozialdemokratie auf die Arbeiterklasse übertragen. Wenn wirkliche wahre Kollegialität wieder Platz greifen soll, dann wird die Sozialdemokratie die alten Götter wieder auf den Thron erheben müssen. Auf diesem Gebiet liegt auch die wichtigste Aufgabe der konfessionellen Arbeitervereine. Sie müssen versuchen, Trunksucht und Gemütsucht mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die weibliche Jugend wird so erzogen werden müssen, daß sie auch wieder einen Haushalt führen lernt, wenn später diese Notwendigkeit an sie herantritt.

Andererseits wäre es aber falsch, wenn man glauben wollte, die Lage der großen Mehrzahl der deutschen Arbeiter sei so, daß überflüssige Lebensbedürfnisse befriedigt werden könnten. Mancher läßt sich in der Gegenwart blenden. Nicht nach den ausgeputzten Häusern der eleganten Geschäftsstraßen muß man die sozialen Verhältnisse beurteilen, sondern nach den Hinterhäusern und Proletariervierteln. Wie traurig und jammervoll es hier noch aussieht, kann man erst begreifen, wenn man die Dinge oft geschaut hat. Hunderte von Kindern gehen sogar in mittleren Städten am Morgen noch zur Schule ohne Kaffee und warmes Mittagessen im Winter. Bei grimmiger Kälte werden selbst in den Industriegebieten, wo die Kohlen doch billig sind, diese an den Schlachthalden aufgesucht. Trotz Arbeiterversicherung begegnen einem am Morgen Duzende von Krüppeln, die die Hand ausstrecken und um Almosen bitten. Mag hier oder dort ein Trinker sein, vieles unberühmte Elend läßt sich doch nicht leugnen. Daraus kann man wohl die Schlussfolgerung ziehen, daß in Arbeiterkreisen noch viel Grund zur Unzufriedenheit vorhanden ist. Viel mehr kann man von anderen Gesellschaftsschichten fordern, daß sie einmal mit ihren Verhältnissen sich abfinden und sich nach der Decke strecken. Viele, die heute jammern bei den verjüngten Gelegenheiten, haben keinen Grund dazu, haben aber sicher kein Recht, den Arbeitern noch zu viel Unzufriedenheit vorzuwerfen. Auch die Gewerkschaften haben keine unberechtigte Unzufriedenheit gefördert, sondern vorhandene beseitigt. Gewiß haben die Gewerkschaften auch in Arbeiterkreisen neue Bedürfnisse geweckt. Das ist keine Tätigkeit, dessen sich der gewerkschaftliche Agitator zu schämen braucht. Tausende und aber Tausende von schlechtgelohnten Arbeitern wurden durch die Gewerkschaft sich ihrer Würde als Menschen wieder bewußt. Da, wo die Gebildeten oder auch häufig Verbildeten von dummen, unbeholfenen Arbeitern sprachen, denen nicht zu helfen sei, hat die gewerkschaftliche Agitation eingeleitet. Der Stumpfsinn, die dumpe, verzweifelte Stimmung wurde ihnen ausgeredet. Daß da nicht philosophische Ideen vorgetragen werden konnten, son-

bern an die Gefühle appelliert werden mußte, ver-
steht sich von selbst. Wer uns schelten will, mag es
tun, wir buhlen nicht um die Gunst von Leuten, die
für die Arbeiter nur etwas übrig haben, solange sie
dieselben für ihre Zwecke verwenden können. Es
bleibt doch ein unleugbares Verdienst für die Ge-
werkschaften, viele Arbeiter direkt, und durch ihre
Tätigkeit mehr noch indirekt aus den Tiefen heraus-
geholt zu haben. Utopischen Zielen werden wir nicht
nachjagen, aber von dem Bestreben, der Arbeiterschaft
ihren Anteil an den Früchten der Arbeit zu ver-
schaffen, werden wir nicht ablassen, wenn auch diese
Tätigkeit bei den Gegnern der Gewerkschaftsbewegung
keine Anerkennung findet.

Vom Baumarkt.

Der Berliner Baumarkt. — Bauunternehmer. —
4 1/2 Proz. Pfandbriefe. — Loganten.

Der Niedergang im Baugewerbe, der in den letzten
Jahren eingetreten ist, hat im Berliner Gebiet
berührender gewirkt als anderswo. Daher verdient eine
Statistik Beachtung, die der Schupverein Berliner Bau-
interessenten und die Bauauskunftsstelle für Groß-Berlin
unter Benutzung amtlicher Auskünfte für die Inter-
nationale Baufachausstellung bearbeitet haben. Da noch
die neuesten Daten verwertet worden sind, konnte die
Veröffentlichung erst vor kurzem stattfinden. Nach dieser
Statistik wurden in Berlin im Jahre 1906 1798 Bau-
genehmigungen erteilt. Im folgenden Jahre sank die
Zahl auf 1352. 1910 waren es noch 1345, 1912 aber
nur 1255 und im laufenden Jahre bis März einschließlich
217. In Charlottenburg liegen die Dinge nicht besser.
Während dort 1906 618 Baugenehmigungen erteilt wur-
den, brachte das Jahr 1912 nur 429 und das erste Viertel-
jahr 1913 79. Das sind für das laufende Jahr keine
rosigen Aussichten.

Eine andere Zusammenfassung des Schupvereins ge-
währt einen Einblick in die Auswände des Bauunter-
nehmertums. Im ersten Halbjahr 1913 waren an der
Ausführung von Kreditlinien in Groß-Berlin 674 kredit-
würdige Bauherren beteiligt, 278 waren nicht un-
bedingt kreditwürdig, darunter sogar 182, denen jeder
Kredit abgesprochen wird. Bei solchen Zuständen sind
die vielen Konkurse von Bauunternehmern und die ge-
ringen Einnahmen, die meist bei der Verteilung der Masse
auf die Gläubiger entfallen, erklärlich. Was nützen gute
Kreditlage und billiges Geld, solange ein so großer Teil
der Bauunternehmer geschäftlich auf löcherigen Füßen
steht?

Über von billigem Gelde sind wir noch recht
weit entfernt. Zwar hat nach der Jahresmitte am offenen
Geldmarkt eine gewisse Erleichterung Platz gegriffen.
Doch die Börse ist allzu lange anhalten, da bald die
Gewinnfälle neue Ansprüche hervorrufen wird. Zu einer
Herabsetzung des Reichsbankdiskonts ist nicht zu denken.
Unter diesen Umständen gehen verzinste Hypotheken-
kredite dazu über, 4 1/2 Proz. Pfandbriefe auszu-
geben, während der übliche Zinssatz für derartige Ver-
träge 4 Prozent ist. Schon im letzten Jahre hat die
Berliner Hypothekbank 20 Millionen Mark 4 1/2 Proz.
Pfandbriefe an den Markt gebracht. Nun ist ihr die
Deutsche Hypothekbank in Berlin gefolgt.
Sie will ebenfalls 20 Millionen Mark von diesem Typ
herausbringen, natürlich mit unverlosbar bis 1923.
Daher einzelne Hypothekbanken zu dem erhöhten Zinssatz
übergehen, kann kaum wundernehmen zu einer Zeit,
wo ein Unternehmen von Range der Allgemeinen Elek-
trizitätsgesellschaft seine Obligationen auf fünf Jahre mit
einem Zinssatz von 5 Prozent ausstatten zu müssen
glaubt. Ob andere Hypothekbanken es dem beiben er-
wähnten nachzusehen werden, bleibt abzuwarten.

Für den Hypothekmarkt von großem Einfluß wird
ein Gesetz über die Regulation von Grundpfänden
verlesen, dessen Entwurf im preussischen Landwirt-
schaftsministerium ausgearbeitet worden ist. Eine Re-
gulation hat bisher nicht stattgefunden. Doch ist so
viel bekannt, daß der Regierungsentwurf ganz be-
kannnte Gesichtspunkte verfolgen will, nach denen die
Schwierigkeiten der Grundpfänder durch entliche Loganten er-
lösen soll, während bisher die Verrentung privater
Einnahmen überlassen war. Durch die Loganten würde in
erster Linie der Überrentenanteil gesenkt werden, die heute
vielfach im Verhältnis von 10 zu 1 stehen, während die
Hypothekgläubiger so geschützt werden kann dadurch, daß bei
der Vermögensverwertung die leistungsfähigen Hypotheken ein-
fach ausbleiben. Die Loganten könnten also das Ver-
trauen in die Sicherheit auch der postulierte Hypo-
thek wieder geben. Das nichtmündlich gewordene Kapital
würde wieder in den Markt kommen und die Bauunternehmer
würde damit den Baumarkt mehr beleben.
Es ist hier nicht übersehen zu haben, daß eine rein amtliche
Schlichtung nicht zur Internationalen führen wird, wie es
bei den amtlichen Logen in Süddeutschland nicht allzu

selten vorkommt, was natürlich ebenso vom Schaden ist,
wie zu hohe Bewertung, und zum Nachteil der Grund-
und Hausbesitzer z. B. bei Brandschäden führen müßte.
Es gilt also, hier den richtigen Mittelweg zu finden.

Die Rechtsberatung der minder- bemittelten Volkskreise i. J. 1912.

Ein sehr wohlthätig wirkender Zweig der sozialen
Fürsorge ist die Rechtsberatung der minderbemittelten
Volkskreise, um so mehr, je komplizierter der Organismus
des modernen Rechts geworden ist und je schwerer es
für den einfachen Mann fällt, sich darin zurechtzufinden.

Ueber den gegenwärtigen Stand dieses Zweiges
sozialer Fürsorgetätigkeit unterrichtet in bester Weise
eine vom Kaiserlichen statistischen Amte vorgenommene
Erhebung, die oben unter dem Kopftitel als Sonder-
beilage zur Nummer 7 des „Reichsarbeitsblattes“ er-
schienen ist.

Wie in der Einleitung gesagt ist, sind in die Erhebung
im allgemeinen nur die Rechtsauskunftsstellen ein-
bezogen, die an alle Besucher oder an Kinderbemittelte
unentgeltlich oder nur gegen eine geringe Gebühr Rechts-
auskunft erteilen. Weggelassen sind also die sich eben-
falls vielfach Volksbüros, Rechts-, Volksauskunfts-
stellen nennenden Bureaus der gewerkschaftlichen Rechts-
konjunktanten. Ausgenommen sind aber alle Rechts-
beratungsanstalten von Arbeitervereinigungen, ob-
wohl sie vielfach nur an ihre Mitglieder Auskunft erteilen,
sowie die der Arbeitgeber, bei denen sich die Auskunfts-
erteilung auf die Arbeiter der betreffenden Betriebe
erstreckt. Neu aufgenommen in diese vom Kaiserlichen
Amte schon seit 1905 vorgenommene Statistik sind die
Rechtsauskunftsstellen der Verbände der Privat-
angestellten.

Im ganzen gab es für das Berichtsjahr 1912 im
Deutschen Reich 916 Rechtsauskunftsstellen, die 1841 364
Auskünfte erteilten und 468 028 Schriftsätze anfertigten.
1911 gab es 872 Auskunftsstellen, die 1717 892 Aus-
künfte erteilten und 439 781 Schriftsätze anfertigten. Also
eine immerhin sehr beachtenswerte Zunahme! Es muß
allerdings bemerkt werden, daß die Statistik der Aus-
künfte und wohl auch der Schriftsätze unvollkommen ist, da
eine große Anzahl von mündlichen Auskünften gar nicht
statistisch festgehalten worden sein dürfte.

Gemeindliche und staatliche Rechtsauskunftsstellen
werden in der Statistik 119 gezählt. Rechtsauskunfts-
stellen gemeinnütziger Vereinigungen 32, Rechtsauskunfts-
stellen für Frauen 93.

Die größte Bedeutung in der Praxis haben die
Rechtsauskunftsstellen für die arbeitenden Stände. Oben-
an mit der Zahl der Rechtsauskunftsstellen steht die So-
zialdemokratie. 119 Arbeitersekretariate der freien Ge-
werkschaften erteilen Rechtsauskunft, daneben noch 211
Auskunftsstellen der Gewerkschaftskassette, also zusammen
330 Stellen. Die Kirch- und Dunderschen Gewerkschaften
unterhalten 55 Rechtsauskunftsstellen, ebenso viele die
christlichen Gewerkschaften. Die geringe Anzahl der
Rechtsauskunftsstellen der christlichen Gewerkschaften
kommt von der Arbeitslosigkeit, die zwischen ihnen und
den konfessionellen Arbeitervereinen besteht. Auskunfts-
stellen evangelisch-sozialer Vereinigungen gibt es 23,
katholisch-sozialer 122, die man ruhig zu den Auskunfts-
stellen der christlichen Gewerkschaften hinzuzählen darf,
so daß die christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands
immerhin über circa 200 Rechtsauskunftsstellen verfügt.
Von Arbeitgebern werden Rechtsauskunftsstellen unter-
halten 9, von politischen Vereinigungen 32, von den
Verbänden der Privatangestellten 23, von ländlichen Ge-
nossenschaftlern 9. Nicht aufgezählt wurde ich in der Statistik
Rechtsauskunftsstellen von Staatsarbeitern und Staats-
angestellten-Verbänden, obwohl auch diese ihren Mit-
gliedern in immer weiterreichendem Maße Rechtsauskunft
und Rechtsrat erteilen.

Alles in allem ein recht erfreulicher Stand des
Rechtsauskunftswezens. Es ist zu wünschen, daß es sich
in der bisherigen Weise weiterentwickelt zum Segen des
rechtshinwendenden Publikums aus den minderbemittelten
Volkskreisen.

Die internationale Baufach-Aus- stellung zu Leipzig.

IV.

Der Eisenbetonbau marschiert. Diese Ueberzeugung
drängt sich unwillkürlich jedem Besucher der Baufach-
ausstellung auf. Die mannigfaltigste Anwendung dieses
jüngsten unserer Baumaterials wird uns hier vorgeführt,
keine konstruktive Durchbildung, die Prüfung auf Trag-
fähigkeit, Witterbeständigkeit, Feuerwiderstandskraft usw.
Nehmen wir die Hauptverkehrsstraße der Ausstellung,
die Lindenallee, entlang, sehen wir die große Eisenbeton-
halle in der Hauptfront vor uns. Bei der Flankierung der
Straße durch Ausstellungsbauten und gärtnerischer An-
lagen bildet die Halle einen äußerst wirkungsvollen
Hintergrund.

Der Entwurf der Eisenbetonhalle stammt von dem
Hildesheimer Architekten Professor Dr. Wilhelm Kreis.
Der Name Kreis ist unter den deutschen Baukünstlern gut
bekannt, und daß ihm die Arbeit übertragen wurde,
ein guter Geis. Der große Kuppelbau zeigt eine ein-
fache, aber sehr wirkungsvolle Konstruktion. Durch das vorgebaute
Hauptportal, mit seinen sechs doppelten Pfeilern, die einen
Kuppelbau mit flacher Kuppeloberfläche tragen, gelangen

wir in das Innere der majestätischen Halle. Auf 16
kannelierten Eisenbetonwandpfeilern ruht die 30 Meter
weite Kuppel. Um die Säulen zieht sich ein Architrav
mit Fries und Sims, dem die Kuppel aufgelagert ist.
Die halbkugelförmige Kuppel ruht hier auf den
Säulen eingefügten Verbindungsstrukturen und dem
Architrav, um den durch die Witterungsverschiebungen
hervorgehenden Spannungsänderungen frei folgen zu
können. Zwischen den Säulen befinden sich große ein-
fache Wandfelder. Die Kuppel besteht aus 16 Rippen.
Zwischen diese sind Zwischenringe gespannt, auf denen
eine Betonschicht von nur 8 Zentimeter ruht. Die
16 großen Rippen sind unten gelenkartig gegen einen
Zugring gestützt, während sie im Bogenschluß starr mit
einem Druckring verbunden sind. Jedes der 16 Wand-
felder enthält eine Tür, die zu den an die Halle an-
schließenden, strahlenförmig angelegten Ausstellungs-
hallen führt. Ueber den Türen zieht sich ringsum ein
Balkon, auf den man herabsteigen kann, wobei einem
die Schönheit der Halle erst recht zum Bewußtsein kommt.
In der Mitte der Halle befindet sich ein monumentaler
Brunnen aus Kunststein. Die kassettierte Kuppeldecke (ver-
stärkte Felder in gewölbten Decken) ist ohne jeden Fuß,
die Säulen und Seitenwände sind steinmetzmäßig be-
arbeitet.

Die Eisenbetonhalle ist ein Beweis dafür, wie mit
diesem neuen Material künstlerische Monumentalität zu
erreichen ist, ohne die frühere Massigkeit eines Bauwerks.
Da der Eisenbetonbau bislang eine ziemlich kunstarme
Vergangenheit hinter sich hat, zeigt die Halle, wie ein
Künstler auch hier großartige architektonische Wirkungen
zu erzielen in der Lage ist.

Die Eisenbetonhalle erforderte eine Bauzeit von nur
4 1/2 Monaten, von Mitte November bis Anfang April.
Die Ausführung lag in den Händen der Betonbaufirmen
Kub. Wölke und Kell und Böser in Leipzig. Ihre Her-
stellungskosten belaufen sich auf 800 000 M. Die Halle
bleibt der Stadt Leipzig erhalten. Im nächsten Jahre
findet darin die Internationale Ausstellung für Buch-
gewerbe und Graphik Unterkunft.

Vom Hauptportal aus gesehen, schließen sich an die
Betonhalle links und rechts zwei Hallen von rechtwin-
kliger Grundfläche. Sie verdecken die um den äußeren
Kuppelraum sich gruppierenden Rundbauten, die ein Erd-
und Obergeschoß mit 7 Meter weit gespannten Decken
aufweisen. Die beiden Hallen enthalten die Ausstellung
für Ingenieur- und Hochbauwesen sowie die Sonder-
ausstellung der Stadt Leipzig.

In der Kuppelhalle sowie den Rundbauten ist die
Zement- und Betonindustrie untergebracht. In zahl-
reichen Modellen werden uns bisher ausgeführte Eisen-
betonbauten aller Art vorgeführt, darunter die Eisenbeton-
halle selbst. Wohl das interessanteste Modell ist das
der Festhalle von der Jahrhundertausstellung in Breslau.
Hat man dann Gelegenheit gehabt, dieses Bauwerk in
Wirklichkeit zu sehen, dann ist man geradezu überwältigt
über die Aussichten, die sich damit dem Eisenbetonbau
eröffnen. An natürlichen Konstruktionen wird uns die
Herstellung der einzelnen Bauteile in merkwürdigen Pro-
filen gezeigt, auch die verschiedensten Proben auf die
Belastungsfähigkeit, Feuerwiderstandsfähigkeit usw., ins-
besondere auch die Betonbaupfahlgründungen. Es wäre
bringend zu wünschen, daß recht viele unserer Mitglieder
diesen neuen Zweig der Bauindustrie zu Gesicht bekämen,
seine Bedeutung würde ihnen dann erst recht zum Be-
wußtsein kommen, und sie würden dann aus der bisher
beobachteten Zurückhaltung ihm gegenüber sicher her-
ausstreten.

Noch ein bemerkenswertes Objekt des Eisenbeton-
baues möchten wir erwähnen, das ist die Schwarzenberg-
brücke. Wir sagten früher schon, daß zwei Brücken
die das Ausstellungsgelände durchschneidende Eisenbahn
überbrücken. Die größere davon, ausgeführt von dem
verstorbenen Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes für das
Baugewerbe, Baumeister Otto Entle, zeigt die bekannten
gewöhnlichen Formen der Eisenbetonbrücken. Die zweite
dagegen ist etwas ganz Neues. Es ist noch nicht lange
her, seitdem Brücken aus Eisenbeton hergestellt werden,
denn dies neue Baumaterial ist eigentlich erst seit 1900,
wo es auf der Pariser Weltausstellung in größerem Um-
fange zur Anwendung gelangte, in die Praxis ein-
getreten. Während bisher nur Schmiedeeisen beim Eisen-
betonbau verwandt wurde, ist die Schwarzenbergbrücke aus
umfassendem Gußeisen hergestellt. Alle bis-
herigen Versuche mit Gußeisen beim Betonbau sind seiner
leichten Bruchfähigkeit halber fehlgeschlagen. Die
Schwarzenbergbrücke, benannt nach dem österreichischen
Feldherrn v. Schwarzenberg, der Oberkommandierende
in der Schlacht bei Leipzig, ist der erste diesbezüglich ge-
lungene Versuch. Sie hat eine Spannweite von
50 Meter. Ihr Erbauer, der Wiener Ingenieur Dr. Fritz
v. Emperger, bezeichnet die Brücke als ein Modell für
Brücken, wie sie bisher noch unbekannt waren. Das

ttift in der Tat zu. Leicht und elegant schwingt sich die Brücke in mäßigem Bogen von einem Ufer zum andern, ein wirklicher Genuß in der Bewunderung dieses Bauwerks. Sie dürfte die Veranlassung sein, dem Gußeisen auch im übrigen Betonbau die Wege zu ebnen.

Ganz in der Nähe der Eisenbetonhalle befindet sich der Pavillon für Stahl und Eisen, errichtet vom Stahlwerksverband und dem Verein deutscher Brücken- und Eisenbauwerken. Ein merkwürdiger Bau. Ganz aus Eisenschienen in achteckiger Form, der sich in vier Absätzen nach oben stufenweise verjüngt, von denen der oberste Würfel eine große goldene Kugel trägt. Er soll ein Monument unserer Eisenindustrie darstellen, deren Entwicklung uns im Innern des Hauses in zahlreichen Tabellen, Modellen und auch im Lichtbild vorgeführt wird. Die überragende Bedeutung der Eisenindustrie wird hier dem Laien so recht offenkundig vorgeführt, stehen wir doch in der Eisenproduktion in der Welt an zweiter Stelle. England haben wir hinter uns gelassen, nur Amerika ist uns noch über. Ein kunstvolles Modell eines Walzenganges, das in Betrieb gesetzt wird, zeigt uns die Herstellung der Schiene bis zum fertigen Gebrauch, an vielen Photographien wird die Entwicklung des Eisenbrückenbaues dargestellt, insbesondere die verschiedenen Typen des Brückenbaues. Zweifellos kämpft die Eisenindustrie mit dem Eisenbetonbau einen harten Kampf um die Vorherrschaft. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er zugunsten des letzteren ausschlägt. Der Eisenbetonbau hat dem reinen Eisenkonstruktionsbau schon harte Wunden geschlagen und wird ihn weiter verdrängen. Im Brückenbau jedoch dürfte letzterer noch lange die Vorherrschaft behalten, wenn nicht für immer. Die Eisengewaltigen spüren den Druck und möchten ihn abwenden. Sie werden wohl Ersatz für ihren eingengten Tätigkeitsdrang anderswo suchen müssen.

Aus allem geht hervor, welche Bedeutung die neue Entwicklung hat, aber auch welchen Einfluß das Baugewerbe auf das Wirtschafts- und Geistesleben der Völker überhaupt besitzt. Große, gewaltige Kräfte werden von ihm geweckt, Probleme von größter Tragweite für das wirtschaftliche und sittliche Wohl der Völker werden aufgeworfen und in zäher, oft viele Jahre dauernder Arbeit gelöst. Das lehrt uns am eindringlichsten die Bauausstellung selbst.

Die Gewerbeaufsicht in Preußen im Jahre 1912.

Der Aufschwung des deutschen Erwerbslebens hat im Jahre 1912 angehalten, denn der Jahresbericht der Preuß. Gewerbeinspektion weist wiederum eine Zunahme der gewerblichen Betriebe und der darin beschäftigten Personen nach. Es gab im Königreich Preußen 245 319 Anlagen, welche der Gewerbeaufsicht unterstanden. Davon beschäftigten 169 606 mehr als 10 Personen, der Rest von 75 713 war als Kleinbetriebe anzusehen. Die erste Gruppe vermehrte sich gegenüber 1911 um 6236, die zweite um 1539 Betriebe, das sind zusammen 7775 Betriebe mehr. Die Zahl der erwachsenen Arbeiter stieg bei den Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten um 116 779 auf 2 621 613; die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen stieg um 30 125 auf 680 631; die Zahl der jugendlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts stieg um 17 683 auf 274 378, und die Zahl der beschäftigten Kinder stieg um 228 auf 3149. Bei den Kleinbetrieben hat die Gesamtzahl der Beschäftigten um nur 2047 zugenommen und betrug dann 173 401. Die Zahl der Beschäftigten ist in allen Betrieben zusammen um 166 262 auf 3 753 172 gestiegen. Die Zahl der Kleinbetriebe hat sich um 2 Prozent, und die Zahl der darin Beschäftigten um 1,2 Prozent vermehrt; bei den Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten beträgt die Zunahme 3,8 Prozent, und die Zunahme der Beschäftigten 4,8 Prozent, also fast das Doppelte bzw. das Dreifache des Wachstums der Kleinbetriebe. Die stärksten Industriegruppen sind der Anzahl der Anlagen nach: Nahrungs- und Genussmittelherstellung mit 54 145 (ohne 33 271 kleinere Bäckereien), Kleider- und Wäscheherstellung mit 30 831, Holzindustrie mit 19 506, Metallverarbeitung mit 14 035, Maschinenindustrie mit 11 322 Betrieben. Wird die Arbeiterzahl zum Maßstab genommen, so verschiebt sich die Reihenfolge: Maschinenindustrie 653 378, Metallverarbeitung 412 080, Textilindustrie 405 531 (nur 6966 Betriebe), Nahrungs- und Genussmittelherstellung 393 853, Holzindustrie 249 983, Kleider- und Wäscheherstellung 243 365 Beschäftigte. In diesen sechs Erwerbszweigen ballen sich über 60 Prozent der ganzen industriellen Arbeiterchaft Preußens zusammen. Die industriereichste Gegend ist noch immer der Regierungsbezirk Düsseldorf mit 20 819 Betrieben und 544 621 Arbeitern (1911: 20 013 und 517 020); es folgt Berlin mit 20 495 Betrieben und 395 137 Arbeitern (1911: 19 804 und 382 101); Arnberg hat 11 192 Betriebe mit 275 437 Beschäftigten (1911: 10 909 und 257 420). Diese Zahlen fassen dann rasch; Opperin hat in nur 4528 Anlagen doch 149 313 Arbeiter, die zu meist in der bedeutenden Industrie des Rattowitzer Hiers beschäftigt werden. Am industriearmsten ist der Regierungsbezirk Köslin in Pommern, wo in 2014 Betrieben nur 18 192 Arbeiter beschäftigt werden.

Beachtung verdienen die über das Baugewerbe enthaltenen Angaben. Hier unterstehen der Gewerbeaufsicht

nur die Bauhöfe und Zimmerplätze, wovon 3988 vorhanden waren mit 90 566 Beschäftigten; unter letzteren waren 196 Arbeiterinnen, 4167 Jugendliche und 9 Kinder, so daß 86 194 erwachsene Arbeiter übrig bleiben. 1911 waren 3869 Betriebe mit 88 664 Beschäftigten — darunter 84 065 erwachsenen Arbeitern — gezählt worden. Von den 3988 Bauhöfen und Zimmerplätzen sind 1619 mit 50 632 Beschäftigten revidiert worden; das sind 40 Prozent der vorhandenen Betriebe mit 56 Prozent aller Arbeiter. Dabei haben die Gewerbeinspektoren allein wegen vorschriftswidriger Beschäftigung von Arbeiterinnen und Jugendlichen 161 mal einschreiten müssen, wodurch 76 Bestrafungen erwirkt wurden, während sieben Strafverfahren am Jahresschluß noch schwebten. In Betracht kamen dabei 115 Arbeiterinnen und 60 Jugendliche. — Die Beaufsichtigung der Baupläne, wo das Gros der Bauarbeiter — mehrere hunderttausend — beschäftigt sind, unterliegt der Baupolizei, welche unseres Wissens keine Berichte über den von ihr ausgeübten Arbeiterschutz veröffentlicht. In dieser Hinsicht bieten nur die Berichte der Berufsvereinigungen für Unfallversicherung etwas Material, das sich aber auf die Unfallgefahr beschränkt. Es wäre aber notwendig, auch über die Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe amtlich „Rechenschaft zu führen“, wie das durch die Gewerbeinspektion in fast allen anderen Gewerben seit Jahren geschieht. Die Lebenshaltung der Arbeiter hat nach den Beobachtungen der Gewerbeinspektoren trotz häufig erfolgter Lohn-erhöhungen keine nennenswerte Besserung erfahren, weil die Teuerung der Lebenshaltung zumeist noch größer wurde. Zur Abhilfe ist vielfach von Gemeindeverwaltungen und auch von Unternehmern der Bezug von Lebensmitteln im großen aufgenommen worden, womit meistens gute Erfahrungen gemacht wurden. Der Bezug von Geflügel bewährte sich mehrfach nicht, weil die Arbeiterfrauen deren Zubereitung zu wenig kannten. Diefem Mangel ist z. B. in Tilsit und Allenstein durch Erteilung von Kochunterricht abgeholfen worden. Mit besonderer Sorgfalt wird von den sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer berichtet. Neben Sparcassen, Fleiß- und Mächtigkeitsprämien werden Kantinen mit billiger Verpflegung, billige Abgabe von Brennstoffen usw. genannt. Ob für diese schönen Dinge den Arbeitern Gegenleistungen abverlangt wurden, z. B. Verzicht auf das Koalitionsrecht, darüber wird nicht berichtet.

Die Unfallgefahr ist wieder größer geworden. Während die Gesamtarbeiterzahl um 4,6 Prozent stieg, erhöhte sich die Unfallzahl um 14 Prozent. Den Gewerbeinspektoren sind insgesamt 169 535 (1911: 149 047) Unfälle bekannt geworden; davon waren 3761 (1911: 3508) schwer, und 1215 (1911: 998) verletzten tödlich. — Diese (vom Verfasser) aus 629 Textseiten des amtlichen Berichts zusammengestellten Zahlen sind aber nicht vollständig, weil — um das nochmals zu betonen — das eigentliche Baugewerbe dabei fehlt und weil mehrere Regierungsbezirke mangelhaft berichtet haben. Bei neun von 31 Einzelberichten fehlt die Zahl der schweren Unfälle, drei ermöglichen keinen Vergleich mit dem Vorjahr, ein Bericht nennt nur die Zahl der schweren Unfälle und einer — Hildesheim — zählt nur die tödlichen Unfälle, die er zumeist mit Unachtsamkeit der verunglückten Arbeiter erklärt. Zwei Bezirke endlich, nämlich Pommern und Opperin, wissen gar keine Unfallzahlen zu melden.

Die Tätigkeit der Gewerbeinspektoren erstreckte sich — wie schon erwähnt — auf 245 319 Betriebe, von denen sie 40 Prozent, nämlich 97 652, in Augenschein nahmen. Diefelben beschäftigten 3 051 307 Arbeiter, das sind 81 Prozent der Gesamtarbeiterchaft. Revisionen fanden 98 866 statt gegen 96 706 im Vorjahr, was eine Steigerung der Arbeitsleistung um 2 Prozent bedeutet; dieselbe entfällt zu drei Vierteln auf die größeren Betriebe. Ob in den Kleinen Betrieben, deren große Arbeiterzahlen die „81 Prozent revidierte Arbeiterzahl“ errechnen, auch nur ein erheblicher Bruchteil der Arbeiterchaft von der Tätigkeit (— von der Wirkung soll nicht die Rede sein! —) des revidierenden Beamten etwas gemerkt hat, mag dahingestellt bleiben.

Allgemeines.

Abhilfebestrebungen gegen die Arbeitslosigkeit in Bayern. In Bayern hat infolge des Darniederliegens der Bautätigkeit die Arbeitslosigkeit einen geradezu bedenklichen Umfang angenommen. Vor allem in München hat sie einen Hochstand erreicht, daß auch die kommunalen Behörden und die Regierung sich nicht länger der Einsicht verschließen konnten, daß hier etwas zur Abhilfe getan werden müsse. Am Mittwoch, den 23. Juni, begab sich eine Abordnung des Magistrats- und Gemeindevorstandes ins Ministerium, um wegen der großen Arbeitslosigkeit die Herren Minister zu ersuchen, alle Arbeiten, für welche die Mittel vom Landtage schon bewilligt sind, baldigst in Angriff nehmen zu lassen. Herr Oberbürgermeister von Borzich entwarf vor den Ministern ein anschauliches Bild von der schlimmen Lage, in der sich die Münchener Bauarbeiter zurzeit befinden. Der Eisenbahnminister von Seidlin versprach für sein Ressort, daß er das Mögliche zur Abhilfe tun wolle. Schon in den nächsten Wochen soll am Ostbahnhofe mit Arbeiten begonnen werden, und in den nächsten Monaten würde dort eine noch größere Arbeit (200 000 Kubikmeter Erdbewegung) in Angriff genommen werden. Weiter versprach der Minister, daß die in den Etat für Bahnbauten eingestellten 17 Millionen Mark tunlichst bald ihre Verwendung finden sollen. Bei den in München auszuführenden Arbeiten sollen nach Möglichkeit nur einheimische Arbeiter berücksichtigt werden. Für den abwesenden Ministerpräsidenten sprach Staatsrat Graf von Dirschberg. Auch er versprach, alles zu tun, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Etwas greifbarere Gestalt nahmen die Versicherungen des Ministers des

Innern von Soben an, der das Versprechen gab, daß besonders Baugesuche, welche von seiten seines Ressorts der Entscheidung harren, schnellstens erledigt werden sollen. Der Kriegsminister konnte mitteilen, daß wegen der Arbeitslosigkeit bereits alle Arbeiter der Erweiterungen von Kasernen und Militärbauten in Angriff genommen seien.

Ergreifenderweise finden die zur Milderung der Arbeitslosigkeit im Gange befindlichen Bestrebungen beim Prinz-Regenten volle Aufmerksamkeit und Unterstützung. Er richtete an den Minister des Innern folgendes Rundschreiben:

„Mit lebhaftem Bedauern habe Ich Ihren Bericht entnommen, daß die Mir von verschiedenen Seiten zugegangenen Mitteilungen über die herrschende Arbeitslosigkeit leider zutreffend sind. Ich habe aus dem Berichte aber auch mit Befriedigung gesehen, daß bereits Anordnungen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit getroffen sind, und daß sonstige Maßnahmen, darunter die viel-erörterte Frage der Arbeitslosenversicherung, in den Kreis der Erwägung gezogen wurden.

Durchdrungen von der Wichtigkeit der Sache und von dem Wunsche nach tüchtigster Abhilfe, beauftrage Ich Sie, der Arbeitslosenfürsorge auch ferner volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, alle geeigneten Maßnahmen in den Benehmen mit den übrigen beteiligten Staatsministerien einzuleiten und Mir von Zeit zu Zeit weiteren Bericht zu erstatten.“

Als hochbedeutend muß die Stelle bezeichnet werden, die sich auf die Schaffung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung bezieht. Wir glauben zwar nicht, daß das von heute auf morgen geschehen wird. Ziemlich aber muß die Tatsache, daß die Regierung des zweitgrößten deutschen Bundesstaates überhaupt damit rechnen, diese Versicherung von Staats wegen einzuführen, als ein großer Fortschritt bezeichnet werden. Bislang sind alle Bemühungen, die Arbeitslosenfürsorge staatlich, etwa durch das Reich, zu regeln, an dem Widerstande der Regierungen gescheitert. Auch im übrigen muß man der bayerischen Regierung zuerkennen, daß sie den ehrlichen Willen zeigt, dem großen Elend, wie es durch die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe geschaffen ist, abzuhelfen. Wenn die übrigen Regierungen von dem gleichen Willen besetzt sind, dürfte manches zur Linderung der auch in anderen deutschen Gegenden recht unerfreulichen Lage der Bauarbeiter beigetragen sein.

Der Kampf in der Vocholter Textilindustrie ist nach vierwöchiger Dauer mit einem Erfolg der Arbeiter am 30. Juli beendet worden. Zunächst schien es, als ob sich der Kampf noch lange hinziehen wollte, denn als die Arbeiter beschloffen, auf Grund des Angebots der Fabrikantenvereinigung, eine Lohnerrhöhung eintreten zu lassen, die Arbeit wieder aufzunehmen, zog diese die früher gemachten Zugeständnisse wieder zurück. Das veranlaßte eine ungeheure Erbitterung unter der Arbeiterchaft. Die Fabrikantenvereinigung hatte es anscheinend auf eine Demütigung der Arbeiter und ihrer Organisation abgesehen. Die Arbeiter beschloffen mit überwältigender Mehrheit, im Kampfe anzuharren und lieber eine ehrenvolle Niederlage zu erleiden, als einen schmachvollen Frieden einzugehen. So hatte die Lage eine außerordentliche Verschärfung erfahren, und die Aussicht für eine baldige Beendigung des Streiks erschien ferner denn je.

Sider Erwarten schnell kam jedoch die Fabrikantenvereinigung zu einem anderen Entschluß. Sie gab dem Herrn Bürgermeister die Erklärung ab, daß sie sich an alle bisher gemachten Zugeständnisse gebunden halten würde. Nachdem diese Erklärung vorlag, beschloffen zunächst die Ausschüsse aller Betriebe Vocholts — darunter auch einige Gewerkschaften — und später eine von über 2000 Personen besetzte Mitgliederversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes einstimmig, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiter haben durch die Bewegung folgende Verbesserungen erzielt:

- 1. Nach Wiederannahme der Arbeit wird die Fabrikantenvereinigung die Löhne in der Weise regeln, daß sie die jetzigen Lohnsätze, die zu niedrig sind, nach Mitsprache mit den Arbeiterausschüssen bzw. den Arbeitern der einzelnen Betriebe erhöht.
- 2. a) In den Arbeitsräumen werden Lohnlisten ausgehängt. b) Bezahlung nach Grundlohn wird angestrebt. c) Für Reberstunden werden 10 Pf. pro Stunde extra vergütet.
- 3. Mit der Maßgabe, daß Ausnahmen im beiderseitigen Einverständnis zulässig sind: a) Die Gewichtslöhnung kommt in Fortfall. b) Varrten auf Material in den Webereien wird vom ersten halben Tage an vergütet, und zwar für schmale Stühle bis 100 Zentimeter pro Stuhl und Stunde 8 Pf., für breite Stühle über 100 Zentimeter 12 Pf. c) Die zehnstündige Arbeitszeit wird in allen Betrieben eingeführt. d) Wöchentliche Lohn- bzw. Abschlagszahlung wird eingeführt.

Mit diesem Ausgang der Bewegung können die Vocholter Textilarbeiter zufrieden sein, namentlich dann, wenn sie berücksichtigen, daß das Organisationsverhältnis in den Vocholter Textilbetrieben bislang im allgemeinen kein besonders günstiges war. Der materielle Gewinn ist nicht unerheblich. Wie wichtig aber die übrigen Zugeständnisse sind, erhellt daraus, daß ein im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband organisiertes führendes Ausschussmitglied in einer Versammlung erklärte, daß für die Vocholter Verhältnisse die Nebenfragen von größerer Bedeutung seien, als selbst die Forderung der Lohnerrhöhung. Vor allem aber hat die Arbeiterchaft einen großen moralischen Sieg errungen, der für die gewerkschaftliche Arbeiterfrage in Vocholt von großer Bedeutung ist.

Verbandsnachrichten.

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 17. August, der fünfundzwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.

Bezirk Posen. Mit recht unsauberen Mitteln scheint gegenwärtig der polnische Berufsverband unter den christlich organisierten polnischen Kollegen zu arbeiten. Aus Kruschnitz, Hohenalza, auch aus Ostrowo teilt man der Bezirksleitung mit, daß die polnischen Kollegen aus dem christlichen Verbandsverbande deshalb austreten wollen, weil der Zentralvorstand Gelder der Königl. Ansiedlungskommission borgt. Wir nehmen an, daß die polnischen Kollegen diese Lügen verbreiten, damit die polnischen Kollegen aus dem christlichen Verband herausgeleitet werden sollen. Man sagt ihnen: seht mal, so macht es der christliche Verband, mit Euren Beiträgen werden die Polen enteignet, indem die Gelder der Ansiedlung geborgt werden usw. Daß es noch so dumme Kollegen gibt, die solchen Unsinn glauben, ist ja zu bedauern. Hier kann man aber auch sagen: Ist die Sache auch noch so bumm, sie findet doch ihr Publikum. Es sei hiermit unseren polnischen Kollegen erklärt, daß solche Behauptungen, die da verbreitet werden, ganz grobe Lügen sind. Damit dieser verlogenen Agitation der Boden entzogen wird, werden die Kollegen ersucht, jeden, der behauptet, daß der christliche Verband Geld der Ansiedlung verborgt, der Bezirksleitung mitzuteilen, damit solche Lügner bestraft werden können. Ich möchte den polnischen Kollegen nur raten, fest und treu zum christlichen Verband zu halten. Derselbe hat jahrelang die Interessen der gesamten Kollegen vertreten, er wird es auch in Zukunft tun, und zwar ohne Unterschied der Konfession und Nationalität. Wir sind alle Bauarbeiter, ob polnisch oder deutsch, und haben gegenwärtig Wichtigeres zu tun, als uns noch mehr zu zerplittern. Für alle christlich gesinnten Bauarbeiter kommt nur der christliche Bauarbeiterverband in Frage, der in der Lage ist, die Interessen der Kollegen zu vertreten.

Die Geschichte eines Tarifbruchs und einer Klage.

Man ist an harte Stücke verleumderischer Art seitens der christlichen Führer gewöhnt. Aber selten ist wohl mit einer solchen Frechheit gelogen worden, wie in diesem Falle. („Grundstein“, Nr. 49 von 1912.)

In Hagen i. W. bestand von 1910 bis 31. März 1913 ein Tarifvertrag für das Stukkateurgewerbe, der für auswärtige Arbeiten, wenn die Arbeiter des Mittags nicht nach Hause gehen konnten, eine Vergütung von 60 Pf. pro Tag für das Mittagessen vorsah. Als nun das Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes Anton Ortloff von dem Stukkateurmeister Siegfried Heinrichs, der Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, nach Herbede zur Ausführung eines Stückes Arbeit geandt wurde, für welchen Ort die vorgenannte Bestimmung in Frage kam, vereinbarte Ortloff mit Heinrichs, auf die 60 Pf. pro Tag verzichten zu wollen, dafür aber täglich eine Stunde länger zu arbeiten, als wie der Tarif vorsah, um so einen Ersatz für den Verlust zu gewinnen.

Das war ein doppelter Verstoß gegen den Vertrag: der Verzicht auf die 60 Pf. pro Tag und die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde.

Später fingen die beiden Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes Jilles und Pauque an dem nämlichen Bau in Herbede an. Mit diesen will Heinrichs das nämliche Abkommen getroffen haben, was beide entschieden bestreiten. Als sie den Zuschlag von 60 Pf. pro Tag nicht erhielten, trankten sie sich an unsere örtliche Organisationsleitung in Hagen, damit diese ihnen zu ihrem tariflichen Rechte ver helfe. Diese rief sofort die Schlichtungskommission an, die

mit Stimmengleichheit

den Antrag unserer Mitglieder ablehnte. Es wurde festgestellt, daß keiner der in Herbede Beschäftigten die Zuschläge erhalten habe. Der in der Sitzung anwesende Ortloff gab hier sein tarifwideriges Sonderabkommen zu, welches die Arbeitgebervertreter für zulässig erklärten, und sie aus dieser Anjchauerung heraus gegen den Antrag unserer Mitglieder stimmten.

Mit dieser Entscheidung gab sich unsere Organisationsleitung nicht zufrieden, weil damit den Sonderabmachungen

Für und Tor geöffnet wurde

und unsere Mitglieder um ihr Recht gebracht wurden. Sie beantragte eine gemeinschaftliche Vorstandssitzung mit dem sozialdemokratischen Bauarbeiterverband, die stattfand und die folgenden Beschluß faßte:

„Die Organisationen verlangen, daß den Stukkateuren, die in Herbede beschäftigt waren, die im Vertrage festgelegten Zuschläge sowie Jahrgeld nachgezahlt werden. Sie werden ihre ganze Kraft zur Durchführung des Vertrages voll und ganz einsetzen.“

Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung beider Organisationen schloß sich diesem Beschlusse an und beauftragte ihre Organisationsbeamten, erneut bei Heinrichs vorstellig zu werden. Das war am 10. August v. J. Als diese am folgenden Morgen zu Heinrichs kamen, erklärte dieser, er wolle erst mit seinen Stukkateuren Rücksprache nehmen, die Organisationsvertreter möchten des nachmittags noch einmal bei ihm vorsprechen. Dies geschah. Am Nachmittag erklärte Heinrichs, einen kleinen Betrag wolle er zahlen, im übrigen würde die Forderung von seinen Arbeitern für ungerecht gehalten. Damit war die Einigung gescheitert. Am Abend desselben Tages (11. August) fand eine weitere gemeinschaftliche Versammlung statt, in welcher die

Sperre über das Stukkateurgeschäft Siegfried Heinrichs

verhängt werden sollte. In dieser Versammlung tritt plötzlich Ortloff und ein Stukkateur Fühling, ebenfalls Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes, mit zwei Lohnkäten hervor, nach denen sie

die Zuschläge für das Mittagessen restlos erhalten hatten in Höhe von 26,40 M., genau soviel, wie sie fordern mußten.

Alles ist flarr und verblüfft!

Die Lohnkäten wandern von Hand zu Hand, der Organisationsvertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes hält sie zur Prüfung gegen das Licht. Niemand will an ihre Echtheit glauben. Die Versammelten standen vor einem Rätsel. Was war hier vorgegangen? Ortloff hatte mit dem Arbeitgeber Heinrichs das tarifwiderige Sonderabkommen getroffen, auf Grund dessen letzterer die Zahlung verweigerte, und die Schlichtungskommission hatte zu seinen Gunsten entschieden. Wie kam er nun dazu, die Zuschläge plötzlich zu zahlen? Warum aber zahlte er sie nur an Ortloff und Fühling und nicht auch an Jilles und Pauque? Diesen beiden verweigerte er die Zahlung. Wie sollte man sich diese Haltung erklären?

Außerdem: hatte Heinrichs nicht noch kurz vor der Versammlung erklärt, die Forderung würde selbst von seinen Stukkateuren,

darunter Ortloff und Fühling,

für ungerecht gehalten? Ausgerechnet auch von diesen beiden, die nun plötzlich die Zuschläge erhalten haben wollten (Jilles und Pauque waren bereits aus dem Arbeitsverhältnis bei Heinrichs ausgeschieden).

Das waren der Rätsel zu viele, als daß sich die Versammlung eine befriedigende Antwort darauf geben konnte.

Trotzdem kommt es jetzt zu einer entscheidenden Wendung. Jilles und Pauque bestehen auf die Zahlung der vollen Zuschläge. Nunmehr erklärt plötzlich der Deutsche Bauarbeiterverband, die Angelegenheit sei für ihn erledigt, nachdem seine Mitglieder nachgewiesen hätten, daß sie die verlangten Zuschläge in ihrer vollen Höhe erhalten hätten. Mit dieser Erklärung waren die Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes

in der Geltendmachung ihrer tariflichen Ansprüche unterlegen.

Die Einigkeit der Arbeiter war durchbrochen, die Möglichkeit, den Arbeitgeber Heinrichs durch Sperre seines Geschäftes zur Zahlung an die beiden zu zwingen, war hinfällig geworden.

Jilles und Pauque gingen nun ans Gewerbegericht. Auf die

uneidliche Zeugenaussage

des Ortloff und Genossen hin mit dem genannten Sonderabkommen wurden sie mit ihrer Klage abgewiesen.

Wir schreiben daraufhin in Nr. 45 der „Baugewerkschaft“ vom vorigen Jahre über die Versammlung vom 11. August, nachdem wir die Entwicklung des Streitfalles darzulegen:

„Der „Genosse“ Ortloff und noch ein unbekannter „Genosse“ tauchten in dieser Versammlung mit gefälschten Lohnkäten auf, wonach sie die Zuschläge bekommen hätten; das stellte sich aber als Schwindel heraus. So betrugt der entlarvte Genosse seine eigene Tasche.“

Darob große Entrüstung bei der Verbandsleitung des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes in Hagen, und sie schrieb dazu in Nr. 49 des „Grundstein“ vom vorigen Jahre:

„Man ist an harte Stücke verleumderischer Art seitens der christlichen Führer gewöhnt. Aber selten ist wohl mit einer solchen Frechheit gelogen worden, wie in diesem Falle. Wir werden es nicht vergessen.“

Und nun fühlte sich plötzlich

Anton Ortloff beleidigt,

folg. Die Angemordenen konnten immer wieder, wenn auch unter Ueberwindung von Schwierigkeiten, abgeschoben werden. Am nun die Tätigkeit der Unternehmer etwas erfolgreicher zu gestalten, nahm sich die Polizei ihrer liebevoll an. Den Streikenden wurde verboten, an die Arbeitswilligen heranzutreten und sie anzusprechen. Einige dieser Exemplare wurden von Gendarmen von und zu der Arbeitsstelle gebracht. In einigen Fällen trug man auch deren Bequemlichkeit Rechnung, indem man sie einfach auf einen Lastwagen packte und unter Polizeibedeckung von und zur Arbeitsstelle fuhr. Unsere Kollegen wollten nun, von der Begleitung der Polizei abgesehen, dieselbe Begünstigung fordern. Für die Streikenden, die sich nun ansammelten und über derartige Transporte lustig machten, regnete es dann Strafzettel. In einer außerordentlich gut besuchten gemeinschaftlichen öffentlichen Versammlung, die am 26. Juli in Marburg stattfand, wurden diese Zustände einer scharfen Kritik unterzogen, und ist es seitdem etwas besser geworden. Daß der Kampf in Marburg nicht mehr um ein paar Pfennige mehr oder weniger Lohn geführt wird, geht schon daraus hervor, daß die Unternehmer eine Vermittlung des Oberbürgermeisters ablehnten. Die Vernichtung der Arbeiterorganisationen ist der heftigste Wunsch der Unternehmer, wird aber trotz dieses Kampfes immer nur ein Wunsch bleiben. Die Arbeiter stehen heute nach einem eifwöchigen Kampfe genau noch so geschlossen da, wie beim Beginn des Kampfes. Wenn diese Geschlossenheit des Kampfes auch für die Zukunft anhält, kann der Ausgang des Kampfes für uns nicht zweifelhaft sein. Inzwischen ist auf einstimmigen Beschluß der Marburger Stadtverordneten der Magistrat ersucht worden, die Parteien nochmals zu Verhandlungen einzuladen. Der Magistrat ist dem nachgekommen und hat die Verhandlungen auf Donnerstag, den 14. d. M., angelegt. Ob die Unternehmer diesmal der Einladung folgen werden, ist noch unbestimmt. Die Position der Streikenden ist auch heute noch als eine sehr günstige zu bezeichnen. Selbst wenn sich die Unternehmer noch einige Wochen über Wasser halten sollten, einmal müssen sie den neuen Vertrag doch schließen.

Bezirk Hannover.

Weicherode (Harz). Der Streik hier am Orte geht unverändert weiter. Maurermeister Wertmeister versuchte sich aus der Klemme zu retten, indem er die Arbeiten an die Firma Pflüger Nachfolger aus Duderstadt vergeben hatte. Diese Firma suchte nun in der Duderstädter Gegend Maurer nach Weicherode; es fanden sich auch einige Maurer. Dieselben waren aber auch alle organisiert. Als sie dann über die Sache aufgeklärt wurden, reisten sie wieder ab. Herr Pflüger bahnte dann mit uns Verhandlungen an, die aber zu keiner Einigung führten. Der Bezug ist daher fernzuhalten; lasse sich kein Kollege, auch nicht durch andere Firmen, nach Weicherode locken. Nur die Firma Goldmann ist nicht gesperrt, weil da schon höhere Löhne gezahlt werden, als gefordert sind. Goldmann ist aber mit Arbeitskräften genügend versehen.

Nachdem der Versuch, durch die Firma Pflüger Nachfolger, Duderstadt, Arbeitskräfte auf Umwegen nach hier zu bekommen, fehlschlagen ist, machte Herr Wertmeister von dem Angebot eines anscheinend gewerksmäßigen Arbeitswilligenagenten namens Ernst Freymann aus Berlin Gebrauch. Dieser Freymann hatte sich durch einen Brief angeboten, mit einer Kolonne Berliner Maurer die Arbeiten in Afford fertigzustellen, auch rühmte er sich in seinem Schreiben, daß er schon an mehreren Stellen Streiks kaputt gemacht hätte. Herr Wertmeister reiste selber nach Berlin, um mit diesem Herrn Verbindung zu bekommen. Am Sonnabend, den 2. August, erschien im „Berliner Arbeitsmarkt“ (Ausgabe der „Berliner Morgenpost“) ein Inserat folgenden Inhalts:

Affordmurer,
Träger, außerhalb Restaurant
Kabel, Sprengelstr. Nr. 16.

Es meldete sich dann auch die notwendige Zahl Maurer wie Arbeiter. Den Leuten wurde aber der wahre Sachverhalt nicht mitgeteilt. Es wurde ihnen vorgeschwindelt, daß sie nach einem großen Bau in einer Vorstadt von Erfurt sollten; dort seien schlecht einheimische Leute hinzubekommen, diese wollten auch nicht im Afford mauern. Die Fahrtarten bekamen die Leute gar nicht zu sehen, diese wurden von Verwalter oder dem Vermittler festgehalten. Am Montagmorgen rückte nun Herr Wertmeister triumphierend mit dieser Kolonne von 21 Mann in Weicherode ein. Die Polizei war selbstverständlich in einem starken Aufgebot zur Stelle. Die Arbeiter wurden dann so unter polizeilicher Bedeckung nach dem Neubau des Krankenhauses gebracht und dort erst mit dem notwendigen Bier und Gewaren versehen. Erst abends war es uns möglich, mit den Leuten in Verbindung zu kommen, und zwar mit dem Erwig, daß am Dienstagmorgen 13 Mann wieder nach Berlin zurückreisten. Bezeichnend ist es, daß Wertmeister immer sagt, er kann keinen höheren Lohn zahlen, als er vor dem Streik gezahlt hat. Jetzt kostet es ihm die ganzen Vermittlungsstellen, Jahrgeld und Spejen, dann will er noch den Mauern, wenn sie mit dem Afford nicht auskommen, weil es ja an den notwendigen Trägern fehlt, einen Stundenlohn von 75 Pf. garantieren. Die einheimischen Maurer fordern einen Stundenlohn von 45 Pf. Man sieht, daß es sich um einen Prinzipienkampf bei Herrn Wertmeister handelt. Er wird aber nachgeben müssen, denn die wenigen Berliner, die stehen geblieben sind, werden ihm das Krankenhaus nicht fertigmachen. Eins muß aber noch gesagt werden: Berlin wird immer berühmter, das heißt, es kommt in der Provinz in einen recht traurigen Ruf. Das, was sich hier die Residenzler haben bieten lassen, würde man unseren Kollegen von den entlegensten Dörfern nicht haben bieten dürfen.

und er strengte Klage gegen uns an, wie man behauptet, auf Drängen seiner Verbandsleitung in Hagen. Und selbsterweise klagte Ortloff nicht etwa in Hagen, sondern in Berlin, wahrscheinlich um es dem Angeklagten, Kollegen Beder, recht bequem zu machen.

Am 23. Juni fand in Hagen i. B. die kommissarische Vernehmung der Zeugen statt. Wir führen nur die beiden Aussagen des Hauptzeugen, Stukaleurmeister Siegfried Heinrichs, in ihren entscheidenden Stellen an. Heinrichs sagte aus:

„Eines Tages im Sommer 1912 habe ich mit dem Privatkläger Ortloff vereinbart, daß er und Fühling die von mir verlangten Zuschläge erhielten, nämlich 0,60 M täglich und Fahrgebl. Es stellte sich heraus, daß sie

diese Summe nicht vollständig verlangten, sondern den Gesamtbetrag abzüglich etwa 12 M. Die Lohnstützen wurden

auf ihren Wunsch in der vollen Höhe ausgeschrieben, d. h. ohne Berücksichtigung ihrer Ermäßigung von insgesamt 12 M.

Später verlangte der Privatkläger (Ortloff) auch noch von mir Zahlung des Betrages, um den die Zuschläge ermäßigt waren (etwa 12 M.) mit dem Bemerkten, daß er

diesen Betrag mit nach Erledigung des Prozesses zurückzahlen würde.

Unter dem Prozesse war offenbar dies Privatklageverfahren gemeint.

An den Aufschriften der Lohnstützen sind, soviel ich weiß, keine Fälschungen vorgenommen.

Als der Privatkläger (Ortloff) von mir die Ausstellung verlangte, wußte ich, daß die Sperre über mein Geschäft verhängt werden sollte, wenn ich nicht die Zulagen bezahlte, trotz meiner ursprünglichen Vereinbarung, daß keine Zuschläge bezahlt werden sollten.“

So weit der Zeuge Heinrichs. Daraus geht folgendes hervor:

Trotz des tarifwidrigen Sonderabkommens verlangte Ortloff für sich und den Stukaleur Fühling just an dem Tage, wo von der Versammlung Zwangsmaßnahmen gegen Heinrichs beschlossen werden sollten, von diesem die Zahlung der Zuschläge. Er verlangt sie aber

nur für sich

und nicht auch für die beiden christlich organisierten Jüles und Panque. Er verlangt die Zuschläge jedoch nicht in ihrer vollen Höhe von 26,40 M., sondern etwa 12 M. weniger. Auf seinen speziellen Wunsch hin, und das ist ganz besonders hervorzuheben, wird jedoch der volle Betrag von 26,40 M auf die Lohnstütze aufgeführt.

Es wurde damit eine doppelte Fälschung begangen:

Einmal, weil die Lohnstützen einen höheren Betrag in der Aufschrift zeigten, als wie sie in Wirklichkeit enthalten hatten, sodann weil damit der Anspruch ersetzt wurde, den tarifmäßigen Ansprüchen des Ortloff und Fühling sei in voller Höhe entsprochen. Daß Ortloff persönlich die Lohnstütze gefälscht habe, ist nirgends behauptet; daß er den Heinrichs zur Fälschung verleitet, ist durch dessen Zeugenaussagen erwiesen, welche Behauptung in der „Baugewerkschaft“ jedoch nicht aufgestellt ist.

Mit den gefälschten Lohnstützen gingen Ortloff und Fühling zur Versammlung. Sie erklärten dort nicht etwa, daß sie 12 M. weniger erhalten hätten, als die Lohnstütze in der Aufschrift anwies, vielmehr erklärte Ortloff nach den Zeugenaussagen Schmalz,

ihren Ansprüchen auf Zuschläge und Fahrgebl sei von Heinrichs entsprochen.

Daß darunter nur die tarifmäßigen Zuschläge, die ja auch auf den Lohnstützen aufgetragen waren, gemeint sein konnten, ist unbestreitbar. Ortloff und Fühling wußten an die Stelle der Versammlung in größtmöglicher Art, insbesondere aber auch ihre Verbandsleitung und hielten sie damit von der Erfüllung ihrer tariflichen Pflicht ab.

Die Fälschung wurde zu einem bestimmten Zweck eingesetzt. Ortloff wußte, daß, wenn er nicht den Beweis bringenden konnte, die Zuschläge in voller Höhe erhalten zu haben,

die Sperre über Heinrichs verhängt wurde.

Heinrichs wußte das ebenfalls, wie er unter seinem Eid behauptet. Um diesem vorzubeugen, schlossen Ortloff und Fühling mit Heinrichs ein Scheingeschäft ab. Heinrichs, der nur noch sozialdemokratisch organisierte Arbeiter in seinem Geschäft hatte, wußte außerdem, daß er auf diese Weise dieselben bestmöglich auszunutzen Arbeiter aber keine Macht nicht besitzen, um

erzwingen. Ortloff hätte sich demnach durch die Fälschung organisierten Stukaleure zu dem Scheingeschäft nicht hingelassen, weil ja sonst die Fälschung offensichtlich geworden wäre. Auf diese Art

sind die beiden ja auch um ihr tarifliches Recht gebracht worden.

Ortloff war sich seiner unehrlichen Handlungsweise, wie sie unter Berufsangehörigen nicht vorkommen sollte, sehr genau bewußt. Um sie zu verdecken oder mindestens zu verbunkeln, trat er nach der Zeugenaussage des Heinrichs an diesen heran mit dem Begehren, er möge ihm die 12 M., die die Lohnstütze weniger enthalten hatte, nachzahlen. Er tat dies, um jagen zu können, er habe den Zuschlag voll bekommen. Nach dem Prozeß wollte er dem Heinrichs den Betrag wieder zurückbezahlen. Dem Kläger Ortloff war es demnach mit seinem Anjagen nur darum zu tun, eine Verurteilung des Kollegen Beder, als verantwortlicher Redakteur der „Baugewerkschaft“, herbeizuführen, und um seine eigene Handlungsweise zu vertuschen.

Und nun kommt der Knalleffekt. Am 2. August stand der Termin in Berlin an. Ortloff dachte jedenfalls

Vorsicht ist besser als Tapferkeit,

und so war weder er erschienen, noch hatte er seinen Rechtsanwalt Dr. David, der seine Vertretung übernommen hatte, zur Wahrnehmung des Termins entsandt. Damit galt die Klage als zurückgezogen, Kläger Ortloff trägt die Kosten, auch die Auslagen des Kollegen Beder als Beklagten. Wahrscheinlich wollte Ortloff sich das nicht gerichtlich bestätigen lassen, was die „Baugewerkschaft“ geschrieben. Das war auch überflüssig, durch die Aussagen Heinrichs' war dies schon bewiesen.

Das ist die Geschichte eines Tarifbruches und einer Klage. Wird die Leitung des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Hagen nun noch ihren Vorwurf gegen die christlichen Führer aufrechterhalten? Wir müßten ihr dann die nämlichen Worte zurückgeben, mit denen sie uns ungerichterweise aburteilen geruhte. Sic transit gloria mundi. (So endet der Ruhm dieser Welt.)

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Die weiblichen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. Unter den 350 930 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 befinden sich 28 008 weibliche, gegen 27 152 im Vorjahre. Davon entfallen auf die verschiedenen Berufsverbände folgende Zahlen: Textilarbeiter 12 811, Seimarbeiterinnen 8 188, Tabalarbeiter 2088, Metallarbeiter 751, Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 635, Krankensleger 542, Lederarbeiter 541, Schneider 399, Graphischer Zentralverband 369, Holzarbeiter 233, Nahrungs- und Genussmittel-Industriearbeiter 225, Keramik- und Steinarbeiter 160, Gasthausangestellte 43, Württembergische Eisenbahner 26. Die größte Zunahme an weiblichen Mitgliedern hat im Berichtsjahre der Gewerkschaft der Seimarbeiterinnen mit 1189 Mitgliedern. In den gemischten Verbänden ist die Zunahme eine geringe gewesen. Die weiblichen Mitglieder bezahlen in den christlichen Gewerkschaften in der Regel die Hälfte der Beiträge, die von den männlichen Mitgliedern entrichtet werden. Angesichts der großen Zahl von weiblichen Gewerkschaften in Industrie und Gewerbe ist die Zahl der organisierten Arbeiterinnen innerhalb der christlichen Gewerkschaften noch gering. Es bleibt hier für die christliche Bewegung noch viel Arbeit zu leisten übrig.

Die X. Generalversammlung des Gutenbergbundes, der Organisation der christlichen Buchdrucker, hat vom 27. bis 31. Juli in Essen a. d. R. tagend. Aus dem vom Vorsitzenden Koll. Thronert erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß trotz der Monopolstellung des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes und der von diesem auf die Vernichtung der christlichen Organisation abgesehenen heillosen Wege der Bund doch noch im letzten Jahre um rund 200 Mitglieder zugenommen hat, davon seien 110 übergetretene Verbandsmitglieder. Im ersten Halbjahr 1913 habe der Gutenbergbund ebenfalls über 100 Mitglieder gewonnen, davon über 50 Verbandsmitglieder. Die Gesamteinnahmen betragen 1912 152 635 M., die Gesamtausgaben 107 882 M. Das Vermögen beträgt rund 500 000 M.

Herr Referendar Köhr (K. Stabach) behandelte in einem ausgezeichneten Vortrage, der auch über das Buchdruckerhandwerk hinaus weitestgehende Beachtung verdient, das Thema: „Die Bestrebungen auf geistlicher Ausbau des Lohnarbeits- und Einigungswezens.“ Der Redner behandelte hauptsächlich folgende drei Punkte: 1. Wie stellt sich das gegenwärtige Recht zu dem geltenden Tarif- und Einigungswezen? 2. Welche Vorschläge werden gemacht zu weiterer Ausbau? 3. Was ist davon zu halten? Das Resultat des instruktiven Referats und der eingehenden Diskussion, in der besonders Bezug genommen wurde auf den Aufbau und die Kompliziertheit des Buchdruckerhandwerks, war die einstimmige Annahme folgender Resolution:

Der vom 27. bis 31. Juli 1913 im Städtischen Saalbau zu Essen a. d. R. tagende 10. Generalversammlung des Gutenbergbundes ist bezüglich der Frage der geistlichen Regelung des Lohnarbeitswezens der Ansicht, daß eine Regelung des Lohnarbeitswezens durch Verhandlungen für die Gewerkschaften zuzunehmen ist als notwendig. Der Weg der freien Vereinbarung und der Organisation ist vorzuziehen. Die Generalversammlung erklärt, daß der Gutenbergbund

keinen Grundsätzen getreu, auch in Zukunft an dem Lohnarbeits festhalten und dessen Ausbau nach jeder Richtung hin anstreben wird.“

Das Hauptinteresse der Generalversammlung konzentrierte sich auf das Referat des Bundesvorsitzenden Kollegen Thronert über: „Die Stellung des Gutenbergbundes in der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker.“ Was in dem Referat und der daran anschließenden Diskussion vorgetragen und meist aufmerksam beachtet wurde, belichtete grell die tariflichen Verhältnisse im Buchdruckerhandwerk, die geradezu ungeheuerlich genannt werden müssen. Von der Tarifgemeinschaft ist der Gutenbergbund ausgeschlossen. Die Tarifinstanzen ruhen ausschließlich in Händen des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, der die ihm dadurch in die Hand gegebene Macht mit brutaler Rücksichtslosigkeit gegen die verhasste christliche Organisation ausnützt. Wie Diskussionsredner betonten, könne nachgewiesen werden, daß tarifliche Instanzen parteiische Urteile gefällt, daß Mitglieder des Gutenbergbundes anders behandelt würden als Verbandsmitglieder, und daß man Druckereibesitzern Schwierigkeiten gemacht habe, weil sie nicht ausschließlich Mitglieder des Verbandes beschäftigten. Der „Typograph“ werde demnach das Material zusammenstellen, um zu zeigen, wie verfehlt es sei, wenn das Tarifamt glaubt, dem Buchdruckerverband beizutreten zu müssen. Bedauert wurde, daß man sich stets hinter Formalitäten verberge, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, als wolle man dem Gutenbergbund entgegenkommen, aber man könne nicht. Wenn Anträge an das Tarifamt eingereicht würden, dann jagt dieses, dafür sei der Tarifausschuß maßgebend, wie jederzeit bei der Aufhebung der Tarifunterwerfung; werde ein Antrag beim Tarifausschuß eingereicht, dann jage dieser, dafür sei das Tarifamt kompetent, wie bei der Behandlung des Antrags, den „Typograph“ ebenso wie den „Korrespondent“ als Organ der Tarifgemeinschaft anzuerkennen. Es sei deshalb gut, den vom Tarifausschuß zurückgewiesenen Antrag erneut bei dem Tarifamt einzureichen. Folgende Resolution sei dem einstimmig angenommen:

„Die im Städtischen Saalbau zu Essen a. d. R. vom 27. bis 31. Juli 1913 tagende 10. Generalversammlung des Gutenbergbundes nimmt Kenntnis von der Behandlung der Anträge des Gutenbergbundes bei den Verhandlungen zur Revision des Deutschen Buchdruckerhandwerks im September/Oktober 1911 sowie bei der Sitzung des Tarifausschusses vom 21. und 22. April 1913. Die Generalversammlung erklärt, daß der Gutenbergbund auch jerner auf diesen Anträgen bestehen bleiben müsse, da sie das mindeste dessen einschließen, was die im Gutenbergbund organisierte tariftreue Gehilfenschaft an Gleichberechtigung auf Grund ihrer bisherigen Tätigkeit für die Tarifgemeinschaft zu verlangen berechtigt ist. Die Generalversammlung bedauert die ablehnende Haltung des Tarifausschusses um so mehr, als für diese keine rechtlichen Gründe, sondern einzig und allein die Rücksichtnahme auf die Interessen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker maßgebend gewesen sind. Die Generalversammlung erblickt in dieser fortgesetzten Begünstigung einer Organisation, deren sozialdemokratischer Charakter mit erdrückendem und bisher noch nicht widerlegtem Material nachgewiesen ist, eine schwere Schädigung des Tarifgedankens, wie auch eine schwere Schädigung der Interessen des auf christlich-nationalem Boden stehenden Teiles der Buchdruckergehilfenschaft. Sie erwartet, daß auch im Buchdruckerhandwerk der unhaltbare Zustand, daß christlich-nationale Gehilfen bei der Vertretung ihrer tariflichen Rechte und zum Schutze ihres Koalitionsrechts in den Tarifinstanzen auf das Wohlwollen und auf die Unterstützung sozialdemokratisch organisierter Gehilfen angewiesen sind, baldigt beseitigt werde. Die Generalversammlung erklärt sich mit den bisher zur Wahrnehmung der tariflichen Rechte der Mitglieder des Gutenbergbundes unternommenen Schritten des Hauptvorstandes und der „Typograph“-Redaktion voll und ganz einverstanden, spricht ihnen Dank und Anerkennung aus, protestiert gegen die verwerfliche persönliche Verunglimpfung der Führer des Gutenbergbundes von Seiten unserer Gegner und beauftragt Hauptvorstand und Redaktion, auch ferner alle zur Erreichung der vollen Gleichberechtigung des Gutenbergbundes und seiner Mitglieder in der Tarifgemeinschaft erforderlichen Schritte zu unternehmen.“

Der Hauptvorstand des Gutenbergbundes wurde von der Generalversammlung beauftragt, beim Tarifamt der deutschen Buchdrucker nachstehenden Antrag einzureichen:

„Die 10. Generalversammlung des Gutenbergbundes richtet an das Tarifamt der deutschen Buchdrucker den Antrag, auf Grund der ihm laut § 94 des Deutschen Buchdruckerhandwerks zustehenden Befugnisse, das Organ des Gutenbergbundes, „Der Typograph“, als Organ für Veröffentlichungen in Sachen des Tarifs in gleicher Weise wie die „Zeitschrift“, Organ des Deutschen Buchdruckerhandwerks, und den „Korrespondent“, Organ des Verbandes der deutschen Buchdrucker, anzuerkennen.“

Ueber „Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften und Mittel zu deren Lösung“ sprach der Redakteur des „Typograph“, Koll. Treppert. Es war ein ausgezeichnete Vortrage, und soll derselbe in Broschürenform weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden.

Die Unterstützungsanstaltungen des Gutenbergbundes wurden einer gründlichen Reform unterzogen. Man erhöhte den Beitrag um 25 Pf. pro Woche, so daß derselbe in Zukunft 1,20 M. pro Woche beträgt. Leistung und Gegenleistung wurden jedoch in das richtige Verhältnis gebracht und die Unterstützungsätze wesentlich, zum Teil bis zu 60 Prozent, erhöht. Die Unterstützungsätze, die am 4. Oktober d. J. in Kraft treten, stehen jetzt weit günstiger als die des sozialdemokratischen Buchdruckerhandwerks.

Redakteur Treffert hielt am letzten Tage noch ein Referat über: „Wie gestalten wir die Agitation in der Zukunft?“

„Die 10. Generalversammlung des Gutenbergbundes in Essen a. d. R. fordert die Mitglieder auf, in Zukunft ganz besonderes Gewicht auf die Gewinnung der Jugend zu legen.“

Es wurde beschlossen, einen Beamten für den Osten anzustellen. Das Kölner Sekretariat soll, um auch dem Süden entgegenzukommen, weiter südwärts verlegt werden, wahrscheinlich nach Frankfurt.

Der Hauptvorstand und die „Typograph“-Redaktion wurden, nachdem ihnen volles Vertrauen ausgesprochen, einstimmig per Akklamation wiedergewählt.

Die Tagung als Ganzes hat das Bild geschlossener Einigkeit und zielbewussten Vorwärtstrebens. Ueber die einzuschlagenden Wege, um dem Gutenbergbunde zu seinem Rechte in der Tarifgemeinschaft zu verhelfen, traten feinerlei Meinungsverschiedenheiten hervor.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Arbeitsnachweise im Deutschen Reich. Auf Anregung der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat das Kaiserliche Statistische Amt Erhebungen über die Arbeitsnachweise im Deutschen Reich angeordnet.

Gerichtliches.

Breslau. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich am 7. August der sozialdemokratisch organisierte Maurer Piezonta wegen Verleumdung zu verantworten.

usw. Edermann sagte damals, daß wir an anderer Stelle den Wahrheitsbeweis fordern würden. Piezonta erklärte dann immer noch gegen besseres Wissen, wir bringen den Beweis!

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Bauwünsche, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und bergl. Aufnahmen Bericht über Bauwünsche sind so schnell wie möglich einzufinden.)

Ahlen i. W. Auf der Kolonie der Seeche Westfalen stürzte am 29. Juli der Kollege Karl Kahn vom Bau dadurch ab, indem ein über den Sparren angebrachtes Querholz brach, auf welchem die Gerüstbretter aufgelegt waren.

Bautätigkeit und Wohnungsvorrat in deutschen Städten im 1. Vierteljahr 1913. Das Statistische Amt der Stadt Köln a. Rh. steht mit einer Anzahl Stadtverwaltungen in ständiger Verbindung zum Zwecke der Beschaffung von Material zur statistischen Erfassung der Wohnungsbautätigkeit und des Wohnungsvorrates.

Im einzelnen ergaben sich folgende Feststellungen: An Wohngebäuden stellte sich der absolute Zugang am größten mit 270 in Köln. Dann folgen Hamburg mit 234 und Düsseldorf mit 225.

Nur auf neuen Grundstücken wurden Wohnhausneubauten errichtet in Berlin-Wilmersdorf, Wiesbaden, Straßburg und Cassel. Ueber 95 betrug der Prozentsatz außerdem in Bremen, Chemnitz, Duisburg, Erfurt, Karlsruhe, Düsseldorf und Nürnberg.

Der absoluten Zahl nach war der reine Zugang an Wohnungen mit 2672 in Hamburg am größten. In erheblichem Abstände schlossen sich Köln und Düsseldorf mit 1450 und 1212 an.

Im Vergleich mit dem Wohnungsbestande zu Beginn des Berichtsvierteljahres hatte Düsseldorf mit 1,35 Prozent den stärksten Zuwachs aufzuweisen. Im übrigen war der Zugang verhältnismäßig hoch in Berlin-Wilmersdorf (1,20), Barmen (1,12), Köln (1,11), Rülheim-Ruhr (1,03) und Hamburg (1,01 Prozent).

Der Prozentsatz der Leerstehenden Wohnungen stellte sich nach den Zählungen vom laufenden bzw. Vorjahre am höchsten in Hamburg mit 6,9 Prozent. Dann folgen Berlin-Wilmersdorf mit 6,4, Wiesbaden mit 6,0, Altona mit 4,9 und Kiel mit 4,5 Prozent.

Trockene Wände durch echten Kosmos-Tafeln. Prospekt Nr. 612a und Muster umsonst. A.W. ANDERNACH, BEUEL A. RHEIN.

zent, standen dagegen verhältnismäßig wenige Wohnungen zur Verfügung. Besonders gering war der vermietbare Wohnungsbestand in Dresden und Braunschweig mit 0,9, Dortmund und Bremen mit je 0,8 und Elberfeld mit 0,6 Prozent.

Von Behörden, gemeinnützigen Vereinen und Baugenossenschaften wurden die meisten Arbeiterwohnungen (187 in 15 Häusern) in München hergestellt; dann folgen Düsseldorf mit 134 in 60 Häusern, Königsberg mit 99 in 16 Häusern, Halle mit 84 in 1 Haus, Magdeburg mit 70 in 4 Häusern usw.

Die nächste Vorbedingung einer guten Baukonjunktur, nämlich der Mangel an leerstehenden Wohnungen, wäre also in einer ganzen Anzahl Städte gegeben. Trotzdem keine Besserung. Es sind die Schwierigkeiten der Beschaffung, die, wie vor ihren lähmenden Einfluß ausüben.

Bücherschau.

Das Buch einer 250jährigen Innung. Vor kurzer Zeit hat die Freie Baugewerks-Innung in dem an geschichtlichen Erinnerungen reichen Landstädtchen Stabe (Hann.) das Fest ihres 250jährigen Bestehens unter Teilnahme von Fachgenossen aus ganz Norddeutschland gefeiert.

Haben unsere Stadtkinder ein Vaterhaus? Nein nur wenige, und die Mietwohnung läßt diesen Begriff, an den sich so unschätzbare Erinnerungen unserer Großeltern noch knüpfen, immer mehr verschwinden.

Gewiß weiß man gerade noch den Wert des Elternhauses, eines Vaterhauses zu schätzen oder lernt es, wenn man die Verwandten auf dem Lande besucht oder die Ferien im ländlichen Einfamilienhause verbringt, wo die Kinder sich im Garten tummeln und rote Wangen bekommen, die Hausfrau ihr Gemüse und Obst selbst zieht, der Hausherr seine Rosen, und Hühner und Tauben auf dem Hofe flattern.

Beim Lesen dieses Federmann zu empfehlenden hülflichen Büchleins wird uns so recht zum Bewußtsein gebracht, wie notwendig es erscheint, daß sich Regierungen und Gemeinden noch mehr mit der Wohnungsreform beschäftigen und daß mehr Familien, die es ermöglichen können, in den Eigenhauskolonien der Vororte, in unseren Gartenstädten wohnen sollten.

Verammlungskalender.

Achtung! Verwaltungsstelle Berlin. Achtung! Am Mittwoch, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Rowotnitz, Lange Straße 30, eine außerst wichtige Verwaltungsstellen-Versammlung statt.

Die Zahlstellen werden gebeten, ihre Versammlungen, soweit sie auf den 20. August fallen, ausfallen zu lassen oder zu verschieben. Die Versammlung der Maurer fällt aus.

Alle Kollegen müssen in der Versammlung am 20. August erscheinen.

Der Vorstand.

J. A.: A. Bergmann.

Bekanntmachungen.

Achtung! Verwaltungsstelle Siegen. Achtung! Alle die Verwaltungsstelle Siegen betreffenden Angelegenheiten sind zu richten an Heinrich Heubach, Siegen, Sandstr. 36.

Bezirk Königsberg i. Pr.

Im Bezirksbeitragen gingen bei dem Unterzeichneten bis zum 6. August cr. ein:

Table with 3 columns: Verwaltungsstelle, Beitrag (Mk.), Anzahl (Stk.). Includes entries for Burgig, Dirschau (S.), Lation, Traunberg, Gellberg, Dirschau (W.), Christburg, and Luchel.

Diejenigen Verwaltungsstellen, welche mit ihren Bezirksbeitragen für das 1. und 2. Quartal cr. noch im Rückstand sind, werden aufgefordert, dieselben recht bald einzuliefern.

Königsberg, den 6. August 1913. August Schönkäs, Bezirksleiter.

Ausgeschlossen wegen Streichbruchs wurde der Maurer Christian Salzman, geboren am 13. September 1872 zu Laasphe, Buchnummer 28933.

Zahstelle Laasphe.

Ausgeschlossen wurde von der Verwaltungsstelle Straßburg der Maurer Michael Arbogast, Buchnummer 11041, geboren am 20. Dezember 1861 in Melßheim, wegen Vergehens gegen § 15a des Statuts.

Sterbetafel.

Am 30. Juli starb unser treues Mitglied Bernhard Wöllmann im Alter von 29 Jahren an Lungenleiden. Am 2. August starb infolge eines Unfalles unser langjähriger Vorsitzender der Zahstelle Arheim, Kollege Heinrich Walger im Alter von 50 Jahren. Am 3. August starb unser treuer Kollege, der Maurer Gerh. Langenberg an den Folgen von Infarzen im Alter von 42 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Aufforderung.

Die Kollegen Anton Schäfer, Maurer, und Joseph Mising, Maurer, beide aus Büchringen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Adresse an Joh. Bücher, Hamm (Westf.), Wilhelmstraße 11, anzugeben, damit ihnen ihr Guthaben zugestellt werden kann.

Joh. Bücher.



Mitteilung der Redaktion!

In letzter Zeit ist die Ueberaufgabe der „Baugewerkschaft“ wieder eine ungewöhnlich hohe. Daß damit dem Verbands unnötige Kosten verursacht werden, brauchen wir nicht näher zu betonen. Wir haben aus diesem Grunde ein Rundschreiben dem diesmaligen Zeitungsvorstand beigefügt, und bitten dringend, dasselbe durchzulesen und von der beigefügten Bestellkarte umgehenden Gebrauch zu machen.



Aus der Praxis - für die Praxis! ist ein kleines Werk entstanden, das sich mit dem Berechnen des Bogenradius, Ellipsen mit der Schnur zu ziehen, Korbbogenkonstruktionen, überhöhten Bogen, ansteigenden Bogen, Spitzbogen, Grabbogen usw. befaßt.

Der Haussekretär ist das neue vollständige Hilfs-, Formular- und Nachschlagebuch mit über 1000 Mustern zum praktischen Gebrauch und zur formvollendeten Anfertigung von sämtlichen vorkommenden Schriftstücken, mit einem Wörterbuch der neuen deutschen Rechtschreibung und einem Verzeichnis der gebräuchlichsten Fremdwörter, von Dr. Karl Otto.

Friedensvermittlung

In der Familie erfolgt am besten, sichersten und schnellsten, wenn dem grossenden Vatten oder der erzürnten Gattin ein passendes Geschenk gemacht wird. Um hierin jederzeit einen zuverlässigen Berater zu haben, ist zu empfehlen, sich einen erprobten Führer anzuschaffen.

Advertisement for 'Der Haussekretär' including 'Bestellschein für die Leser der Baugewerkschaft' and a list of names of subscribers or contributors.

Unentbehrlich und außergewöhnlich preiswert für unsere Leser! Der Haussekretär

Neues Universal-Handbuch für den gesamten schriftlichen Verkehr mit über 1000 Mustern zum praktischen Gebrauch und zur formvollendeten Anfertigung von Briefen in allen nur denkbaren Fachzweigen des Lebens...

Image of the 'Der Haussekretär' book and text: 'Der Bestellschein ist einzusenden an Willibald Wende's Verlag, Berlin W., Lützowstr. 31.'

Advertisement for Emil Hohlfeldt, Spezialfabrikation und Versand von Berufsbekleidung. Includes details of address in Dresden-N. 6 and list of services.

Advertisement titled 'Können Sie tanzen?' for dancing lessons at the Hotel Küstriner Hof.

Advertisement for 'Ingenieur-Akademie' in Wismar a. d. Ostsee, offering courses for machine and electrical engineering.

Advertisement for 'Gutbezahlte Stellung' (well-paid position) involving technical work and teaching.

Advertisement titled 'Wichtig für Bauhandwerker!' (important for construction workers) regarding the calculation of various arches.

Advertisement for 'Hotel Küstriner Hof' with details about its location, services, and contact information.

Advertisement for 'National' watches, featuring a pocket watch and text about quality and price.

Advertisement for 'Vorführen Ihnen eine Taschenuhr' (showing you a pocket watch) from Vogt & Co., Heidelberg A 10.

Advertisement for 'Versammlungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen.' listing various meeting and office locations.

Advertisement for 'Inserate in der „Baugewerkschaft“' (advertisements in the 'Baugewerkschaft' journal).